

Daniel Friedrich Sturm

Die SPD muss neugierig werden

oder: Was muss die SPD tun, um sich als Volkspartei zu behaupten?

Die Lage der SPD ist ernst. Nur aus schonungsloser Analyse kann Erneuerung erwachsen, kann sie wieder mehrheitsfähige Regierungsalternative und führende Volkspartei werden. Daher lädt NG/FH Journalisten und Wissenschaftler ein, mit uns die Lage zu analysieren und die Zukunft der SPD und der sozialen Demokratie zu diskutieren.

Unser Autor ist einer der bekanntesten kritischen Begleiter sozialdemokratischer Politik. In seinen Büchern warf er der SPD vor, dass sie sich nicht eindeutig genug für die Deutsche Einheit eingesetzt habe und dass sie den Modernisierungskurs der Schröderschen Regierungszeit zu halbherzig verfolgt und zu wenig offensiv kommuniziert habe.

In den elf Jahren ihrer Regierungsverantwortung, zumal in der Großen Koalition, hat sich die SPD kräftig verschlissen. Die Widersprüche der Verantwortung, der – historisch bekannte und mehrfach erlebte – Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Programm und Pragmatismus, haben ein Glaubwürdigkeitsproblem entstehen lassen. Eine gewisse *deformation professionelle* kam hinzu, denkt man an Ulla Schmidts ungeschickten Umgang mit ihrer Dienstwagenaffäre («das steht mir zu»). Diese Ursachen für den Machtverlust sind immer wieder genannt worden.

Nur wer neugierig ist, macht auf sich neugierig

Ein weiterer Grund für den Niedergang der Sozialdemokratie kommt hinzu. Die SPD hat es in den vergangenen Jahren in erschreckender Weise verlernt, neugierig zu sein. Weite Teile ihrer Führung – traurig perfekt personifiziert durch Franz Müntefering – agierten nach dem wenig sympathischen Motto: »Weiß ich. Kenn' ich. Hab' ich alles schon gesehen.« Wenn aber Oskar



Daniel Friedrich Sturm

(* 1973) ist Parlamentskorrespondent für *Die Welt* und *Die Welt am Sonntag* in Berlin. Von ihm stammen die Bücher *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90* (J.H.W. Dietz, 2006) und *Wohin geht die SPD?* (dtv, 2009).

daniel.sturm@welt.de

Lafontaines Wort gilt, das Sigmar Gabriel in seiner Dresdner Parteitagrede verwendet hat («Nur wer von sich selbst begeistert ist, kann andere begeistern»), gilt erst recht der Satz: Nur wer neugierig ist, macht auf sich neugierig. Wenn die SPD also wieder neugierig wird, kann sie darauf hoffen, wieder ein solches Interesse zu wecken.

Wann hätte die SPD mehr Anlass, Gelegenheit und Zeit für Neugier, als in der Opposition und nach einer historischen Wahlniederlage mit 23 %? Die Sozialdemokraten stehen zu Beginn dieser Phase vor einer langen Wüstenwanderung. Die schwarz-gelbe Regierung mag in ihren ersten Monaten noch so dilettieren – eine baldige Rückkehr der SPD an die Macht steht nicht bevor. Was sollte die SPD nun auch an der Macht anfangen?

Die SPD kann ihre zu entwickelnde Neugier mit Muße, Ausdauer oder wenigstens genügend Zeit verbinden. Ihre Führung und ihre Abgeordneten sollten wieder Fragen formulieren, anstatt in Staatssekretärsmanier gestanzte Antworten zu geben. Heute, morgen, in der kommenden Woche und in den nächsten Monaten gibt es genügend Zeit, mit klugen Köpfen in Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden zu reden. Mit Bürgern sowieso. Bevor die SPD die Forderungen aus ihrem allein selig machenden Regierungsprogramm wiederholt, sollte sie Luft holen. Sigmar Gabriel hat die schöne Metapher von der »atmenden Partei« geprägt. Manchmal aber erweckte Gabriel in den vergangenen Wochen eher den Eindruck, als plädiere er für eine hechelnde, ja schnappatmende Partei. Genau das aber machte die SPD der vergangenen Jahre aus und genau das lässt sie eher abstoßend erscheinen.

Flotte Formulierungen sind ja schön und gut. Doch mit allzu einfachen Antworten und holzschnittartiger Polemik gewinnt die SPD kaum Vertrauen zurück. Wer meint, das durch die kalte Exekution der Rente mit 67 entstandene Misstrauen lasse sich durch eine plötzliche Rückkehr zur Rente mit 65 wieder beheben, der irrt. Denn: Wer die gestern noch als vernünftig und sinnvoll erklärte Politik schon heute dementiert, verringert kaum sein Glaubwürdigkeitsproblem. Er vergrößert es vielmehr.

Selbstbewusst dem großen Ganzen widmen

Atmen also ist angesagt. Dies besteht nicht darin, Spiegelstrich-Absprachen mit dem Vorzimmer von Ministerbüros zu vereinbaren. Für Details ist die Ministerialbürokratie zuständig, nicht die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Die SPD sollte sich bei alledem durchaus

selbstbewusst dem großen Ganzen widmen anstatt dem kleinen Karo. Bei aller Sympathie für die Staatstreue der SPD und ihr ausgeprägtes Verantwortungsgefühl: Für die Sozialdemokratie in der Opposition geht es künftig nicht darum, ob diese oder jene Forderung gegenfinanziert ist oder mit »unserem« Haushalt in Einklang zu bringen ist. Sie kann vielmehr gesellschaftliche Fragen aufwerfen, beantworten und entsprechende (Gesetz-)Entwürfe formulieren. Es mutet doch ein wenig verdreckt, scheu und rückwärtsgewandt an, über die Rente mit 65 oder die Rente mit 67 zu diskutieren. Viel hilfreicher wäre doch, eine Vorstellung zu entwickeln, wie »wir leben wollen« und nicht »wie wir leben müssen« (Erhard Eppler). Also sollte es darum gehen, wie Erwerbsbiografien gestaltet werden können.

Die Afghanistan-Politik stellt ohne Frage einen Sonderfall dar. Wie die SPD aber mit diesem Thema umging, das offenbarte eben noch keinen grundsätzlich neuen Stil. Hier vollzog sich abermals eine Meinungsbildung von oben nach unten. Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier verfassten ein Papier, beriefen eine Konferenz ein, modifizierten dann ihr Konzept minimal. Fortan durfte die Partei diskutieren. Hatte Gabriel in seiner Rede in Dresden nicht genau den umgekehrten Weg beschrieben?

Bei wichtigen anderen Fragen soll so verfahren werden, tröstet Gabriel alle Skeptiker. Die angestrebte breite Beteiligung der Partei muss sich in der Tat auf wichtige Fragen beziehen, die von allgemeinem Interesse sind. Zumal der sinnvolle Plan, die (nicht nur in Hessen-Süd verbreitete) Binnenfixierung zu durchbrechen und sich der Gesellschaft zuzuwenden, viel verspricht. Hier also gehören relevante und womöglich politisch emotional berührende Themen angesprochen und abgestimmt. Sollten sich Nichtmitglieder daran beteiligen, wäre das für die Sozialdemokratie ein Gewinn. Dabei ist zu hof-

fen, dass auch die politisch Verantwortlichen der vergangenen Jahre bereit sind, sich kritischen Fragen zu stellen. Wieso bloß meinte die SPD, sich mehr um die Kapitalisierung der Deutschen Bahn AG kümmern zu müssen als um die Belange der Fahrgäste? Beispiele wie der einstmals angestrebte Börsengang der Bahn symbolisieren eine Entfernung der Führung von ihrer Basis und dem Volk.

Kulturelle Hegemonie wiedergewinnen

In den vergangenen Jahren hat die SPD ihre kulturelle Hegemonie verloren. Gerade die politisch-gesellschaftlichen Debatten möge sie doch wieder führen! Man

muss ja kaum mit jedem Halbsatz von Thilo Sarrazins Kritik an der mangelnden Integration übereinstimmen. Aber es ist doch gut, wenn ein Sozialdemokrat eine solche Debatte anstößt. Statt sogleich Parteiausschlüsse zu fordern, sollte die SPD vielmehr einladen. In den vergangenen Jahren haben mit Oskar Lafontaine und Wolfgang Clement die Exponenten von zwei Flügeln die SPD verlassen. Man mag sich über diese beiden alten, eitlen Männer und ihre Ehrpusseligkeiten ärgern. Aber muss es nicht Anliegen der Sozialdemokratie sein, eine solche Bandbreite an politischen Positionen und kantigen Köpfen zu besitzen? Neben der Neugier benötigt die SPD wieder Lust, eine Volks-Partei zu sein. Die Bereitschaft dazu ist der erste Schritt.

Klaus Harpprecht

Sozialdemokratische Pflicht zur Wiederentdeckung Europas

Natürlich sitzt sich's auf den harten Bänken der Opposition nicht so angenehm wie auf den gepolsterten der Regierung. Zum anderen hat der (unfreiwillige) Verzicht auf die Macht seine Vorzüge. Nicht der geringste ist der Gewinn an Freiheit. Es ist keine ängstliche Rücksicht auf den Koalitionspartner (und die Lobby) zu nehmen. Auch die Empfindlichkeiten der Partner in der Europäischen Union, in der Atlantischen Allianz, oder gar die russischen und chinesischen Chefs müssen nicht ganz so zartfühlend geschont werden. Der Oppositionsführer kann lauthals aussprechen, was die Kanzlerin noch nicht einmal flüstern darf. Der Spielraum für die politische Fantasie der Opposition ist – falls sie welche hat – längst nicht so eng begrenzt wie jener der Regierung. Sie kann ihre Themen zum guten Teil wählen, kann ihre Schwerpunkte setzen, kann sich auch



Klaus Harpprecht

(*1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit Langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit 2007 Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

zurücknehmen, kann schweigen (wenn sie nichts zu sagen hat oder, aus taktischen Gründen, nichts sagen will).

Sie kann es der Regierung mit ihren Fragen und Interventionen schwer machen. Niemand wird's ihr verdenken, wenn sie alle möglichen Pop-Register zieht, von denen die Regierung besser die Finger lässt. Sie darf ihren Dünnbrettbohrern erlauben, billige Triumphe zu feiern – vorausgesetzt, dass sie es sich dort schwer macht, wo der Ernst der Lage ihr Gewis-